

Bodenschutz in Österreich: Politik fordert drastische Maßnahmen jetzt!

Die Grünen fordern in Österreich ein verbindliches Ziel für den Bodenschutz, um täglich 2,5 Hektar gesunden Boden zu schützen.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die alarmierenden Entwicklungen im Bodenschutz werfen bereits ihre Schatten voraus: In Österreich wird täglich eine erschreckende Fläche von 12 Hektar fruchtbarem Boden verbraucht – das entspricht einem Verlust von 17 Fußballfeldern! Bei einem dieser besonders drängenden Themen hat Leonore Gewessler, die stellvertretende Klubobfrau und Sprecherin der Grünen für Bodenschutz, bei einer Pressekonferenz die dringende Notwendigkeit eines verbindlichen Bodenschutzgesetzes gefordert. „Eine Obergrenze von lediglich 2,5 Hektar pro Tag könnte einen signifikanten Unterschied machen“, so Gewessler in ihrem leidenschaftlichen Appell für den Schutz dieser wertvollen Ressource, wie auch **ots.at**

berichtete.

Diese Forderung wird durch eine neue Studie unterstützt, die im Auftrag des Klimaschutzministeriums erarbeitet wurde und dringende gesetzliche Maßnahmen aufzeigt. Der Raumplanungsexperte Gernot Stöglehner hebt die Dringlichkeit eines klaren, verbindlichen Ziels für den Bodenverbrauch hervor. „Ein Netto-Null-Bodenverbrauchsziel ist unerlässlich, um im Angesicht des Klimawandels die Ernährungs- und Rohstoffsouveränität in Österreich zu sichern“, betont Stöglehner. Unterstützt wird dies durch die Auffassung, dass gesunde Böden nicht nur für die Nahrungsmittelproduktion, sondern auch für die Trinkwasserversorgung von zentraler Bedeutung sind, wie auch die infothek.bmk.gv.at illustriert.

Bodenschutz als Schlüssel zum Klimaschutz

Der internationale Weltbodentag am 5. Dezember rückt diese Thematik weiter in den Fokus: Experten wollen das Bewusstsein über die lebenswichtigen ökologischen Funktionen des Bodens schärfen. „Bodenschutz ist gleichbedeutend mit Klimaschutz“, so Gewessler, die die Notwendigkeit betont, gesunde Böden zu erhalten, um extremen Wetterereignissen wie Hochwasser entgegenzuwirken und gleichzeitig die Lebensmittelversorgung zu garantieren. Um diese Ziele zu erreichen, schlagen die Rechtsexperten der Studie außerdem einen Sanktionsmechanismus vor, der Bundesländer zur Verantwortung zieht, die keine wirksamen Maßnahmen zum Bodenschutz umsetzen. Ziel ist es, nicht nur die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, sondern auch Transparenz zu schaffen, damit alle Beteiligten jährlich den Fortschritt im Bodenschutz offenlegen, um die Entwicklung zu überwachen und zu steuern.

Details

Vorfall

Verschmutzung

Details	
Ursache	Klimawandel
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • infothek.bmk.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at